

# Befragung in 10 EU-Mitgliedsstaaten

im Auftrag der Identity and Democracy Group

Dezember 2021

The logo for INSA CONSULERE features the word "INsa" in a bold, red, sans-serif font, with the "a" having a white cutout. Below it, the word "CONSULERE" is written in a bold, blue, sans-serif font. To the left of the text is a vertical blue bar, and to the right is a horizontal bar with a red top half and a blue bottom half.

**INsa**  
**CONSULERE**

Die Befragung wurde zwischen dem 06. und 13. Dezember 2021 in Österreich, Flandern, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen, Spanien und Ungarn durchgeführt. Die Befragung in Schweden fand zwischen dem 14. und 16. Dezember 2021 statt.

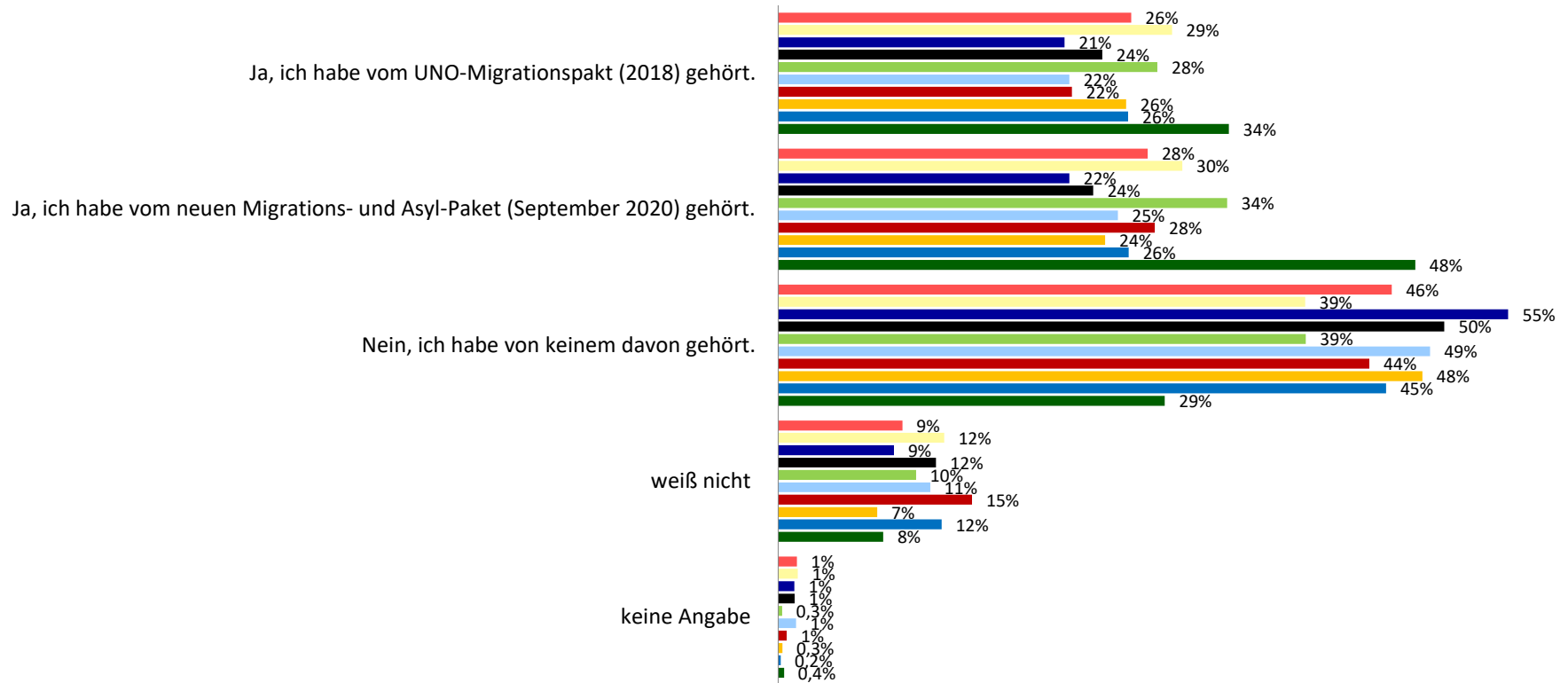
Die Umfragen wurden als Online-Befragungen durchgeführt.

Jeweils 1.000 Personen ab 18 Jahren aus den einzelnen Ländern nahmen an den Befragungen teil. Die Befragten wurden anonym über einen personalisierten Link zur Befragung eingeladen, wodurch sichergestellt wurde, dass jeder Befragte nur einmal an der Befragung teilnehmen konnte.

Die Daten wurden mithilfe der Software SPSS ausgewertet. Sämtliche Datensätze wurden vorab auf Eingabefehler, Plausibilität und Konsistenz überprüft.

# Sie haben vielleicht vom im Jahr 2018 eingeführten UNO-Migrationspakt gehört, aber haben Sie auch vom neuen Migrations- und Asyl-Paket gehört, welcher im September 2020 eingeführt wurde?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



In Ungarn hatten die meisten Befragten mit einer relativen Mehrheit (48 zu 34 zu 29 %) bereits von dem neuen EU-Pakt zu Migration und Asyl (2020) gehört. In Frankreich (55 zu 21 zu 22 %) sowie Deutschland (50 zu 24 zu 24 %) hatte die absolute Mehrheit von keinem der Pakte gehört. In den restlichen Ländern waren die Pakte einer relativen Mehrheit (39 zu 49 %) unbekannt. Insgesamt haben zwischen 21 und 34 Prozent vom UN-Pakt für Migration (2018) gehört, zwischen 22 und 48 Prozent haben vom EU-Pakt für Migration und Asyl (2020) gehört und zwischen 29 und 55 Prozent hatten noch von keinem der beiden Pakte gehört.

## **Sie haben vielleicht vom im Jahr 2018 eingeführten UNO-Migrationspakt gehört, aber haben Sie auch vom neuen Migrations- und Asyl-Paket gehört, welcher im September 2020 eingeführt wurde?**

---

### **Interessante Ergebnisse bei den häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht**

In Flandern haben die weiblichen Befragten häufiger als die männlichen Befragten noch nie von einem der beiden Pakte gehört (44 zu 35 %). Genauso war es in Frankreich (58 zu 52 %), Deutschland (55 zu 44 %) und den Niederlanden (56 zu 42 %).

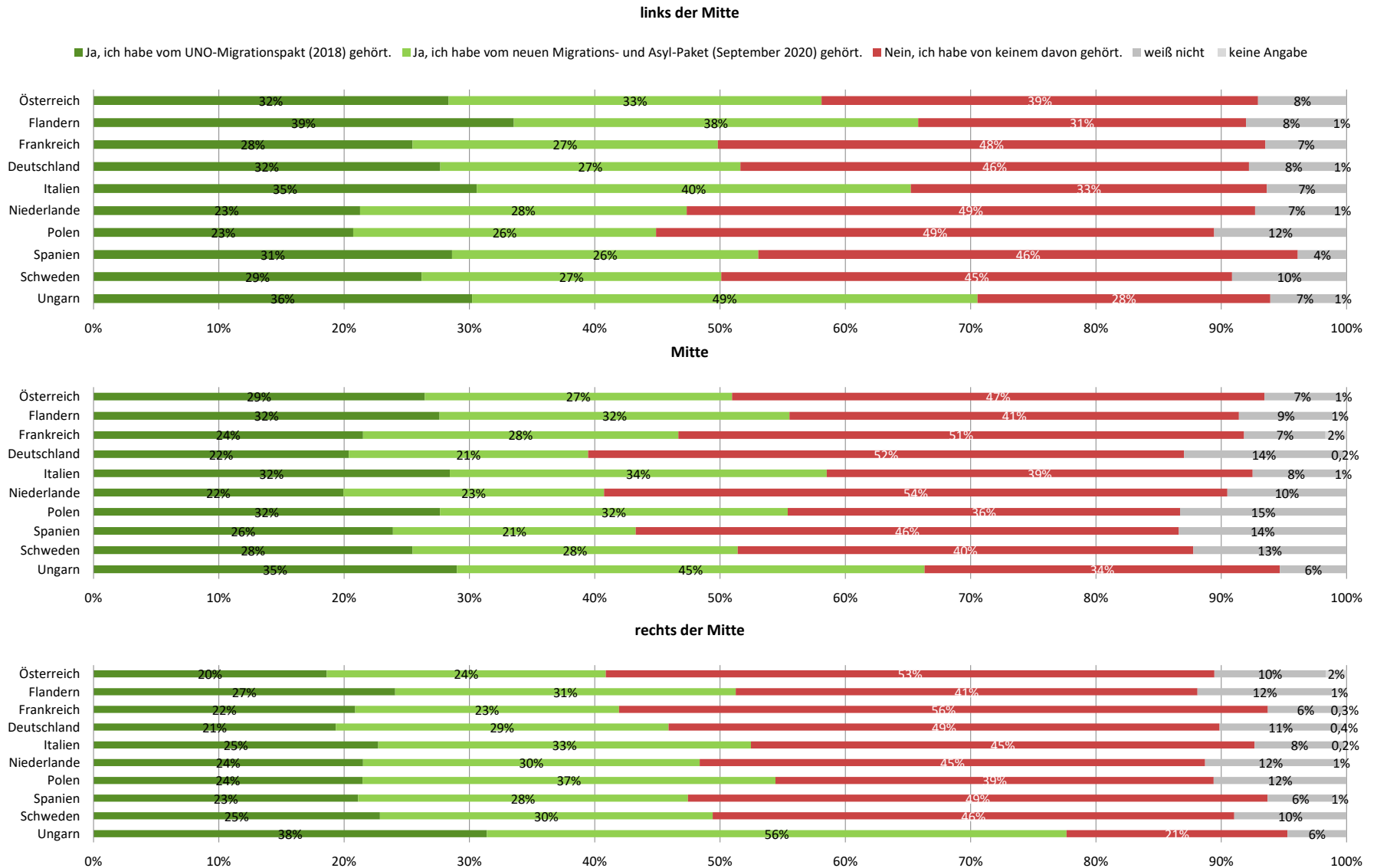
In Österreich haben Menschen, die 60 Jahre oder älter sind, im Vergleich zu jüngeren Menschen noch von keinem der beiden Pakte gehört (54 zu 37-47 %).

Mit zunehmendem Alter haben die Menschen in Frankreich häufiger von keinem der beiden Pakte gehört (von 42 auf 73 %), genauso in Deutschland (von 27 auf 65 %), Italien (von 21 auf 50 %), den Niederlanden (von 39 auf 63 %), Polen (von 37 bis 53 %), Spanien (von 31 bis 68 %) und Schweden (von 32 bis 59 bzw. 53 %).

In Flandern ist der Anteil der Personen, die von einem der beiden Pakte gehört haben, bei den 18 bis 29 Jahre alten Befragten geringer als bei den älteren Befragten (27 zu 34 bzw. 48 %).

In Ungarn wissen jüngere Menschen häufiger über den UN-Pakt für Migration Bescheid als ältere Befragte (42 % im Vergleich zu 22 %), aber seltener über den neuen EU-Pakt über Migration und Asyl (40 % im Vergleich zu 56 %).

# Sie haben vielleicht vom im Jahr 2018 eingeführten UNO-Migrationspakt gehört, aber haben Sie auch vom neuen Migrations- und Asyl-Paket gehört, welches im September 2020 eingeführt wurde?



# Sie haben vielleicht vom im Jahr 2018 eingeführten UNO-Migrationspakt gehört, aber haben Sie auch vom neuen Migrations- und Asyl-Paket gehört, welcher im September 2020 eingeführt wurde?

---

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Politisch links der Mitte

Sich politisch links verortende Befragte aus den Niederlanden (49 zu 23 zu 28 %), Polen (49 zu 23 zu 26 %), Frankreich (48 zu 27 zu 28 %), Deutschland (46 zu 32 zu 27 %), Spanien (46 zu 31 zu 26 %), Schweden (45 zu 29 zu 27 %) und Österreich (39 zu 32 zu 33 %) haben mit einer relativen Mehrheit von keinem der beiden Pakte gehört. Die Befragten aus Ungarn (49 zu 36 zu 28 %) und Italien (40 zu 35 zu 33 %) haben von dem neuen EU-Pakt zu Migration und Asyl jeweils mit einer relativen Mehrheit gehört. Die Befragten aus Flandern haben am häufigsten von beiden Pakten gehört (39 zu 38 zu 31 %).

### Politische Mitte

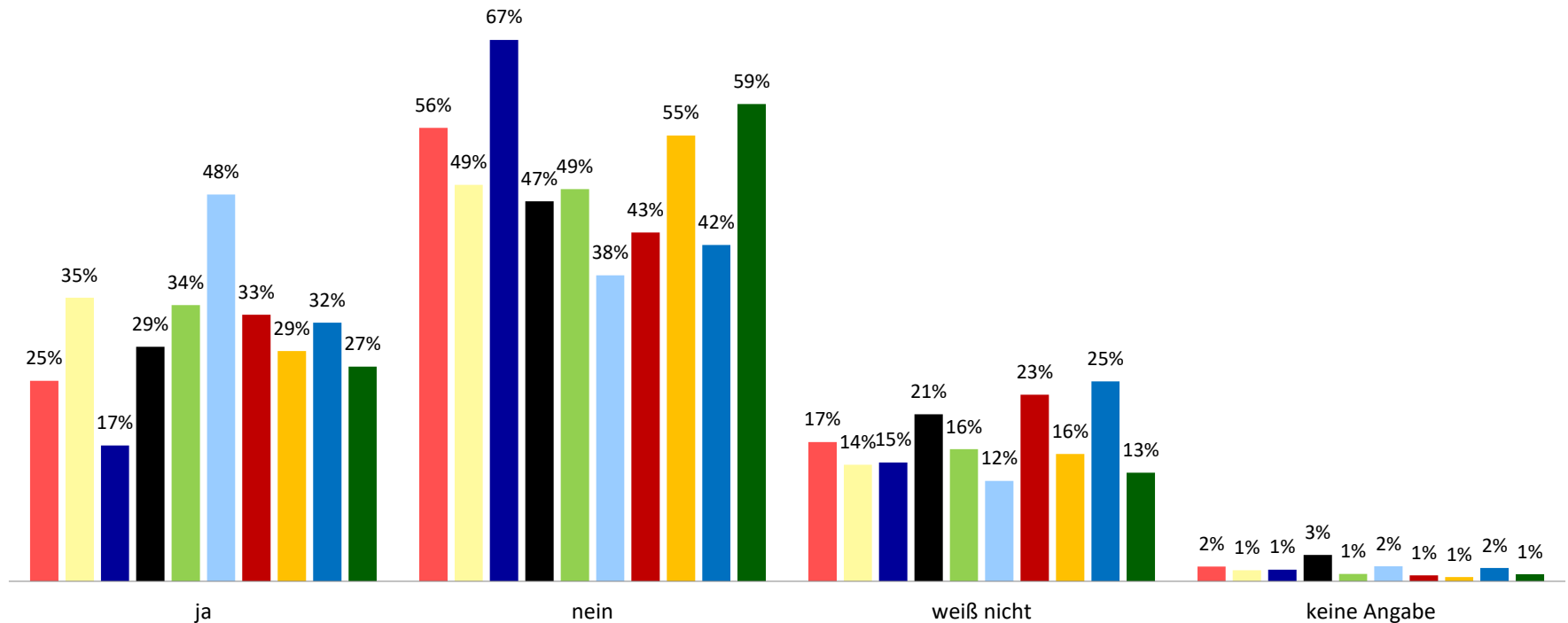
Die Befragten aus Ungarn, die sich selbst auf einer politischen Links-Rechts-Skala in der Mitte einordnen, haben von dem neuen EU-Pakt zu Migration und Asyl mit einer relativen Mehrheit gehört (45 zu 35 zu 34 %). Die Befragten aus allen anderen Ländern haben von keinem der beiden Pakte gehört, und zwar mit relativer oder absoluter Mehrheit (zwischen 36 und 52 %).

### Politische rechts der Mitte

Befragte aus Ungarn, die sich selbst als rechts der Mitte zuordnen, haben vom neuen EU-Pakt zu Migration und Asyl mit absoluter Mehrheit (56 zu 38 zu 21 %) schon gehört. Die Befragten aus Polen haben zu gleichen Teilen vom EU-Pakt gehört oder von keinem der beiden Pakte gehört (37 zu 39 %). Die Befragten aus allen anderen Ländern haben entweder mit relativer oder absoluter Mehrheit (45 bis 56 %) von keinem der Pakte gehört.

# Als ein europäischer Bürger: Denken Sie, dass Ihre Ansichten in Bezug auf Migration nach Europa ausreichend berücksichtigt werden?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



Nur die Befragten aus den Niederlanden haben in Bezug auf die Einwanderung nach Europa mit relativer Mehrheit das Gefühl, dass ihre Meinung (48 zu 38 %) berücksichtigt wird. Die Befragten aus allen anderen Ländern sehen das nicht so, jeweils mit einer relativen Mehrheit (42 bis 67 %).

# Als ein europäischer Bürger: Denken Sie, dass Ihre Ansichten in Bezug auf Migration nach Europa ausreichend berücksichtigt werden?

---

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht

In Italien sind mehr weibliche als männliche Befragte der Meinung, dass ihre Meinung nicht berücksichtigt wird (52 zu 45 %).

Bei den Österreichern gilt, dass je jünger die Befragten sind, desto häufiger haben sie das Gefühl, dass ihre Meinung in Bezug auf die Einwanderung nach Europa nicht berücksichtigt wird (von 48 zu 63 % bzw. 62 %). Das gleiche Muster findet sich in Flandern (von 34 zu 56 %), Frankreich (von 44 zu 79 %) und Schweden (von 33 zu 45 bzw. 48 %).

In Deutschland und Italien ist eine absolute Mehrheit der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren der Meinung, dass ihre Meinung in Bezug auf die Einwanderung nach Europa berücksichtigt wird (52 zu 27 % bzw. 50 zu 32 %), während alle älteren Altersgruppen mehrheitlich nicht dieser Meinung sind (41 zu 56 %).

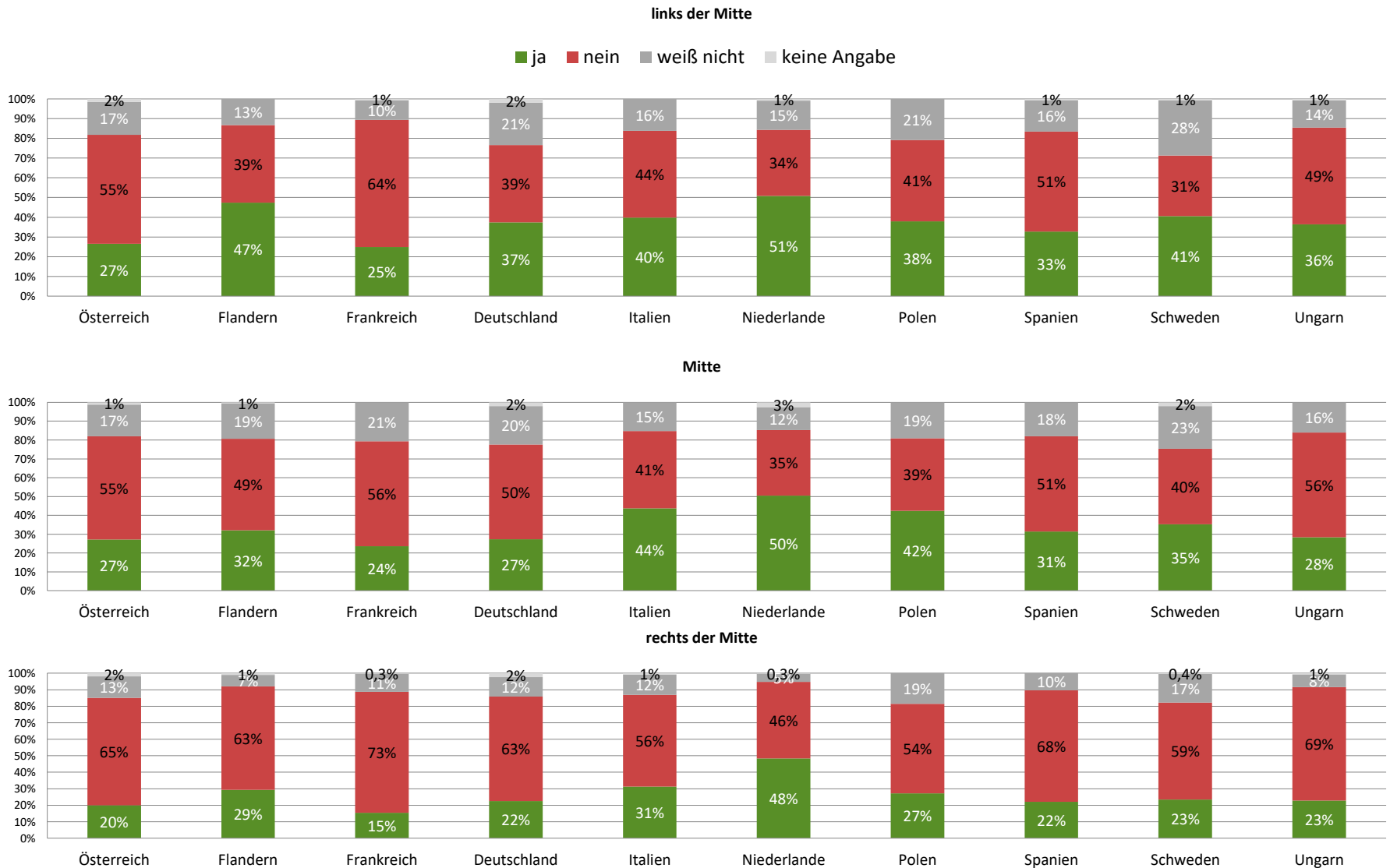
Bei den 30 bis 39 Jahre alten Italienern verteilt es sich etwa hälftig (45 % ja, 41 % nein). Alle älteren Altersgruppen sind der Meinung, dass ihre Meinung nicht berücksichtigt wird (50 bis 55 %).

In den Niederlanden sind die meisten Befragten zwischen 18 und 49 Jahren der Meinung, dass ihre Meinung berücksichtigt wird (47 bis 64 %). Ältere Befragte sind nicht dieser Meinung (51 zu 38 %; 43 zu 39 %).

In Spanien denken die meisten Befragten zwischen 30 und 39 Jahren, dass ihre Meinung berücksichtigt wird (50 zu 39 %). Alle anderen Altersgruppen sehen das nicht so (51 bis 69 %).



# Als ein europäischer Bürger: Denken Sie, dass Ihre Ansichten in Bezug auf Migration nach Europa ausreichend berücksichtigt werden?



# Als ein europäischer Bürger: Denken Sie, dass Ihre Ansichten in Bezug auf Migration nach Europa ausreichend berücksichtigt werden?

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Politisch links der Mitte

Die Befragten aus den Niederlanden, die sich selbst links der Mitte verorten, haben das Gefühl, dass ihre Meinung in Bezug auf die Einwanderung nach Europa mit einer absoluten Mehrheit von 51 Prozent berücksichtigt wird (34 % nein). Die Befragten aus Frankreich (47 zu 39 %) und Schweden (41 zu 31 %) sind der gleichen Meinung jeweils mit einer relativen Mehrheit. Die Befragten aus Deutschland (37 % ja, 39 % nein) und Polen (38 % ja, 41 % nein) sind in dieser Frage geteilt. Die Befragten aus allen anderen Ländern fühlen sich mit einer relativen oder absoluten Mehrheit nicht gehört (zwischen 44 und 64 %).

### Politische Mitte

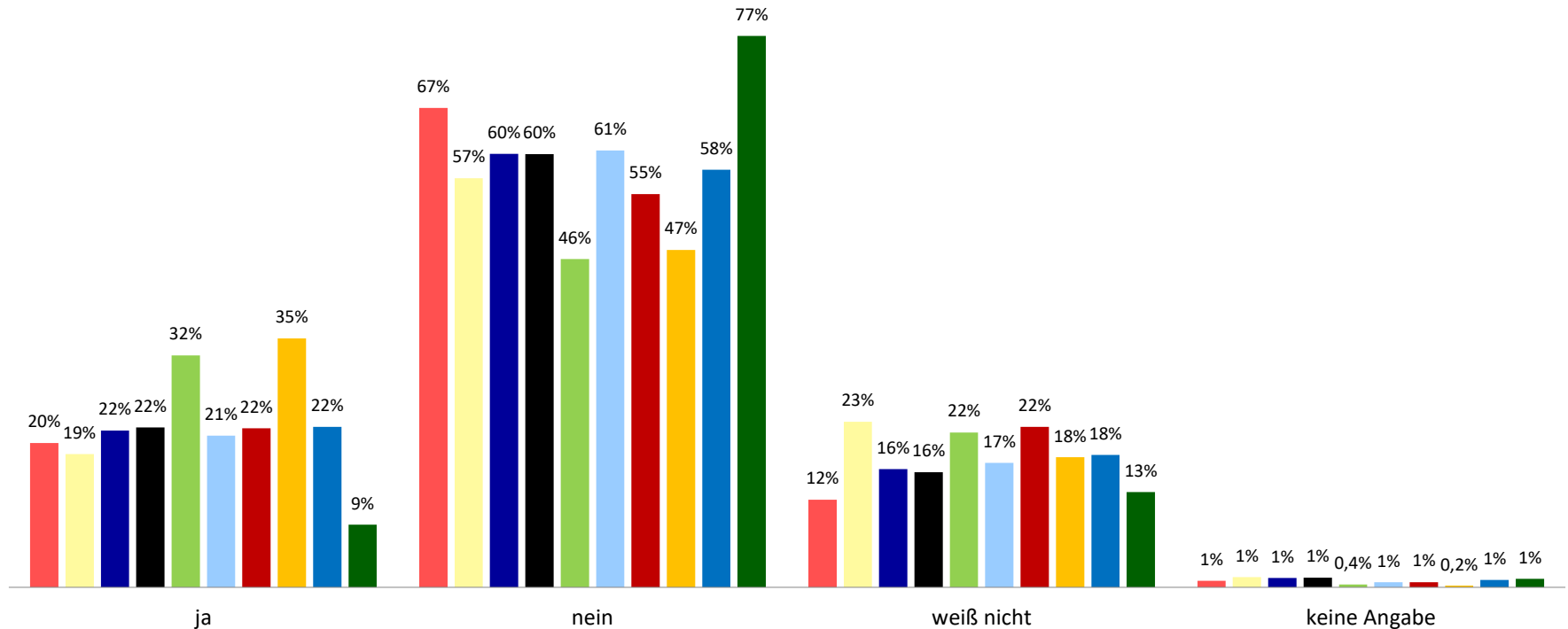
Befragte aus Italien, die sich politisch in der Mitte einordnen, (44 % ja, 41 % nein ) und Polen (42 % ja, 39 % nein ) sind in dieser Frage geteilt. Die Befragten aus den Niederlanden fühlen sich mit einer absoluten Mehrheit (50 zu 35 %) berücksichtigt. Die Befragten aus allen anderen Ländern sind mit relativer oder absoluter Mehrheit nicht der Ansicht, dass ihre Meinung berücksichtigt wird (zwischen 40 und 56 %).

### Politisch rechts der Mitte

Die Befragten aus den Niederlanden, die sich selbst rechts der Mitte zuordnen, sind in dieser Frage geteilt (48 % ja, 46 % nein). In allen anderen Ländern hat eine absolute Mehrheit der Befragten nicht das Gefühl, dass ihre Meinung berücksichtigt wird (54 bis 69 %).

# Denken Sie, dass Europa gemeinsam das angedachte Minimum von 70 Millionen Migranten über die nächsten Jahre aufnehmen kann?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



Während die meisten Befragten aus Ungarn (77 zu 9 %), Österreich (67 zu 20 %), den Niederlanden (61 zu 21 %), Frankreich (60 zu 22 %), Deutschland (60 zu 22 %), Schweden (58 zu 22 %), Flandern (57 zu 19 %) und Polen (55 zu 22 %) nicht glauben, dass Europa gemeinsam die geplante Mindestzahl von 70 Millionen Migranten in den nächsten Jahren aufnehmen kann, sind die Befragten in Spanien (47 zu 35 %) sowie Italien (46 zu 32 %) nur mit einer relativen Mehrheit nicht dieser Meinung.

# Denken Sie, dass Europa gemeinsam das angedachte Minimum von 70 Millionen Migranten über die nächsten Jahre aufnehmen kann?

---

## Interessante Ergebnisse bei den häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht

Männliche Befragte in Frankreich sind öfter als weibliche Befragte der Meinung, dass Europa die angestrebte Mindestzahl von Migranten nicht aufnehmen kann (62 zu 59 %).

Je älter die Befragten in Österreich sind, desto häufiger sind sie der Meinung, dass Europa nicht die angestrebte Mindestzahl von 70 Millionen Migranten in den nächsten Jahren aufnehmen kann (von 45 zu 76 bzw. 77 %).

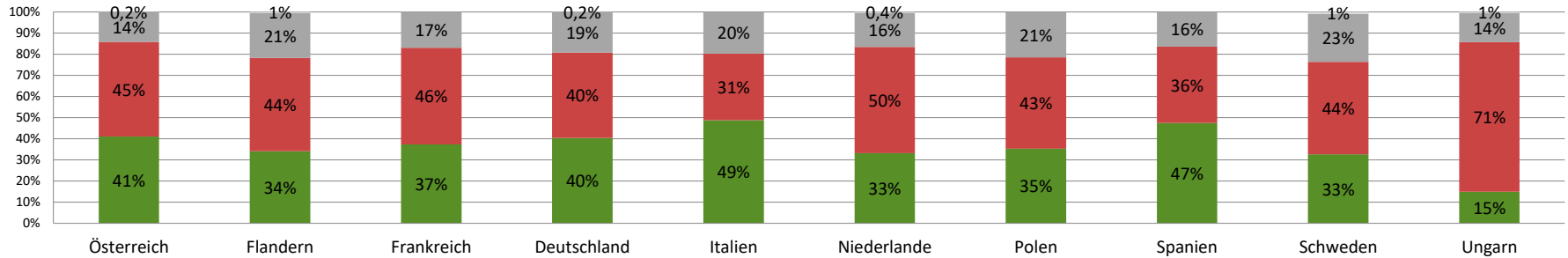
Das gleiche Muster findet sich in Flandern (von 45 bzw. 50 zu 64 %), Frankreich (von 43 bis 70 %), Deutschland (von 43 zu 62 bzw. 73 %), den Niederlanden (von 38 zu 75 %) und Schweden (von 46 zu 67 bzw. 66 %).

Von den befragten Spaniern glauben die meisten im Alter zwischen 18 und 39 Jahren, dass Europa dies schaffen kann (48 zu 41 %; 56 zu 29 %), aber ältere Befragte sind mehrheitlich nicht dieser Meinung (51 bis 56 %).

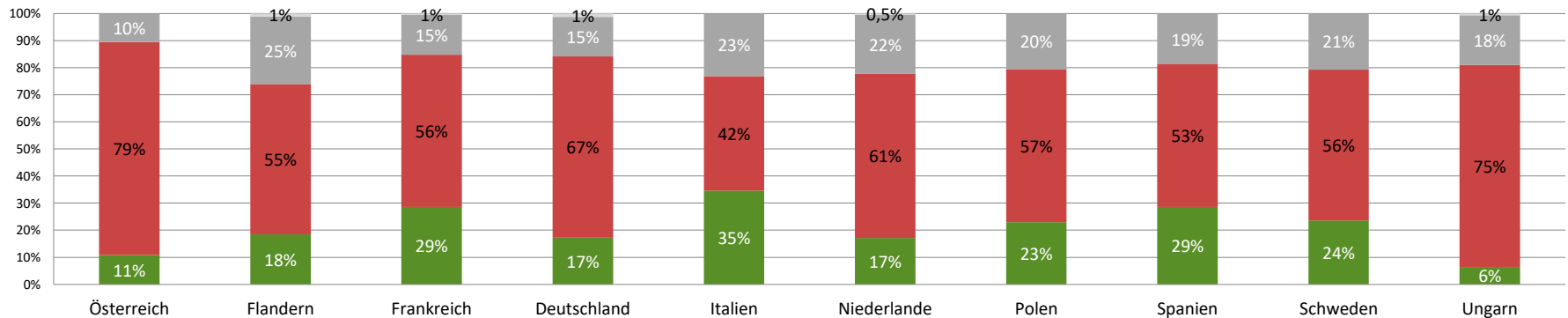
# Denken Sie, dass Europa gemeinsam das angedachte Minimum von 70 Millionen Migranten über die nächsten Jahre aufnehmen kann?

## links der Mitte

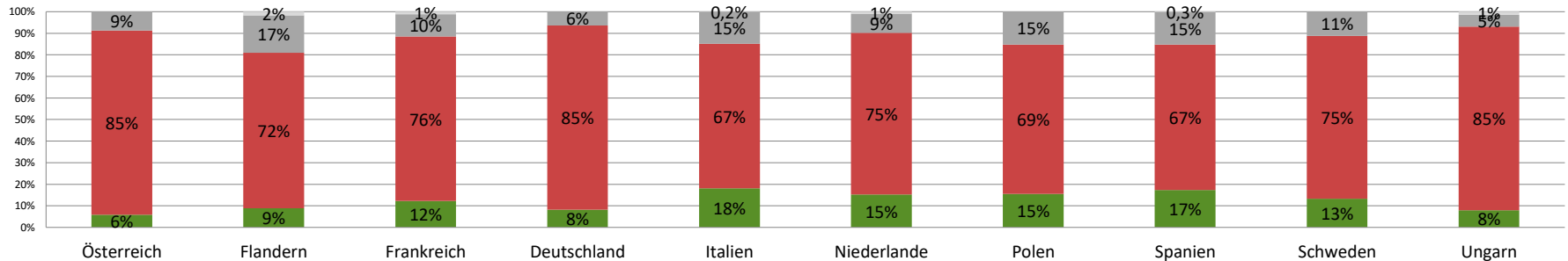
■ ja ■ nein ■ weiß nicht ■ keine Angabe



## Mitte



## rechts der Mitte



# Denken Sie, dass Europa gemeinsam das angedachte Minimum von 70 Millionen Migranten über die nächsten Jahre aufnehmen kann?

---

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Politisch links der Mitte

Befragte aus Italien, die sich politisch links der Mitte verorten, (49 zu 31 %) und Spanien (47 zu 36 %) sind mit jeweils einer relativen Mehrheit der Meinung, dass Europa die angestrebte Mindestzahl von 70 Millionen Migranten in den nächsten Jahren aufnehmen kann. Die Befragten aus Deutschland (40 zu 40 %) sind in dieser Frage geteilter Meinung. Die Befragten aus allen anderen Ländern glauben mit einer relativen oder absoluten Mehrheit nicht, dass diese Aufgabe zu bewältigen ist (43 bis 71 %).

### Politische Mitte

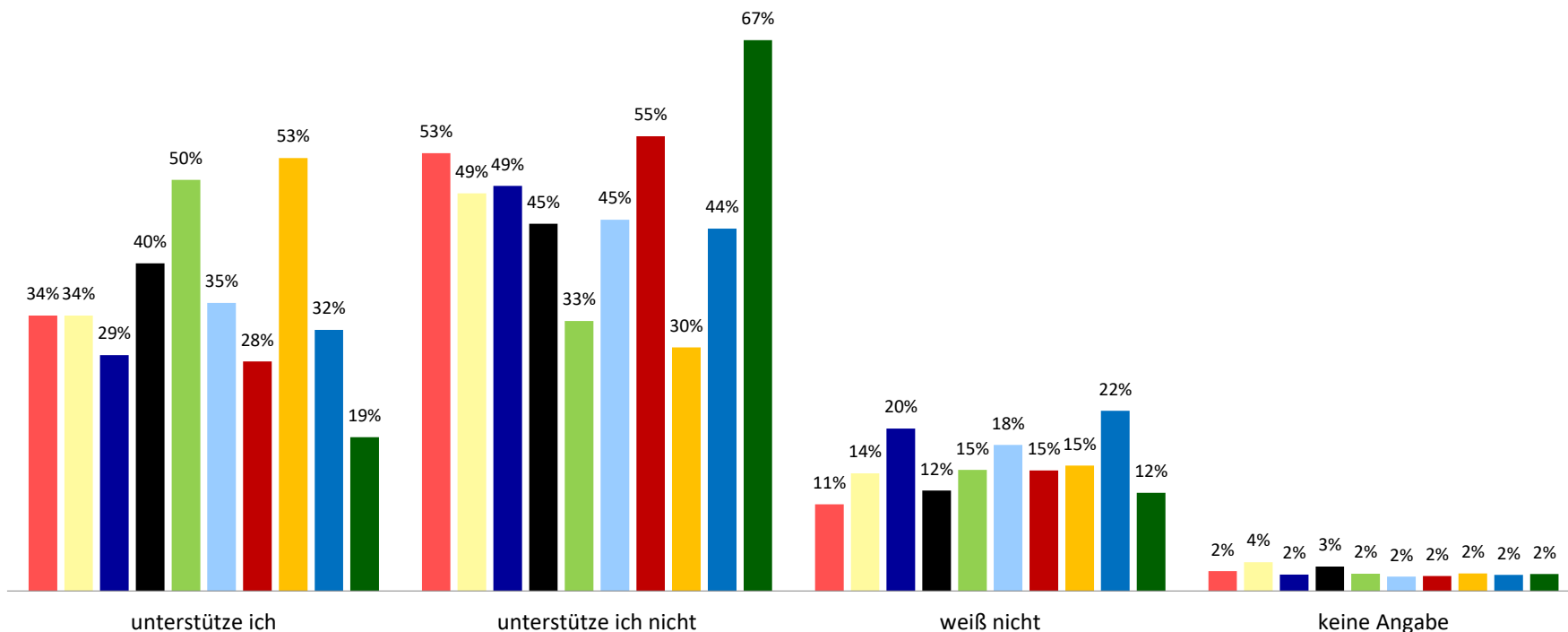
Befragten aus Italien, die sich links der Mitte einordnen, stimmen dem mit einer relativen Mehrheit nicht zu (42 zu 35 %). Die Befragten aus allen anderen Ländern sagen dazu mit einer absoluten Mehrheit nein (zwischen 53 und 79 %).

### Politisch rechts der Mitte

Befragte aus allen befragten Ländern, die sich selbst rechts der Mitte verorten, glauben nicht, dass Europa die angestrebte Mindestzahl von 70 Millionen Migranten gemeinsam aufnehmen kann (absolute Mehrheiten von 67 bis 85 %).

# Unterstützen Sie die Umverteilung von Migranten von anderen EU-Mitgliedstaaten in Ihr Land oder nicht?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



Nur Befragte aus Spanien (53 zu 33 %) und Italien (50 zu 33 %) unterstützen mehrheitlich die Umverteilung von Migranten aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat in ihr eigenes Land. Die Befragten aus Ungarn (67 zu 19 %), Polen (55 zu 28 %) und Österreich (53 zu 34 %) lehnen diese Umverteilung mehrheitlich ab. In Frankreich (49 zu 29 %), Flandern (49 zu 34 %), Deutschland (45 zu 40 %), den Niederlanden (45 zu 35 %) und Schweden (44 zu 32 %) ist eine relative Mehrheit ablehnend.

# Unterstützen Sie die Umverteilung von Migranten von anderen EU-Mitgliedstaaten in Ihr Land oder nicht?

---

## Interessante Ergebnisse bei den häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht

In den Niederlanden unterstützen männliche Befragte die Umverteilung von Einwanderern häufiger als weibliche (39 zu 31 %).

In Österreich lehnen die Befragten die Umverteilung umso häufiger ab, je älter sie sind (34 bis 63 %).

In Flandern, Frankreich und Schweden befürworten nur Befragte zwischen 18 und 29 Jahren überwiegend die Umverteilung von Migranten (52 bis 28 %; 51 bis 33 %; 50 bis 31 %). Alle anderen Altersgruppen sind überwiegend dagegen (49 bis 55 %; 45 bis 61 %; 44 bis 51 %).

In Deutschland befürworten die meisten Befragten zwischen 18 und 29 Jahren und zwischen 30 und 39 Jahren diese Umverteilung (53 zu 27; 47 zu 37 %). Ähnlich ist es in den Niederlanden (55 zu 28; 46 zu 38 %).

Unter den Italienern unterstützen alle Altersgruppen die Umverteilung von Migranten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten (43 bis 67 %), aber in Polen gibt es in keiner Altersgruppe Unterstützung dafür (Ablehnung mit 49 bis 64 %). Das Gleiche gilt für Ungarn (von 61 bis 73 %).



# Unterstützen Sie die Umverteilung von Migranten von anderen EU-Mitgliedstaaten in Ihr Land oder nicht?



# Unterstützen Sie die Umverteilung von Migranten von anderen EU-Mitgliedstaaten in Ihr Land oder nicht?

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Politisch links der Mitte

Nur Befragte aus Ungarn, die sich politisch links der Mitte einordnen, unterstützen überwiegend nicht die Umverteilung von Migranten aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat in ihr eigenes Land (45 zu 39 %). Die Befragten aus anderen Ländern unterstützen dies mit einer relativen oder einer absoluten Mehrheit (45 bis 69 %).

### Politische Mitte

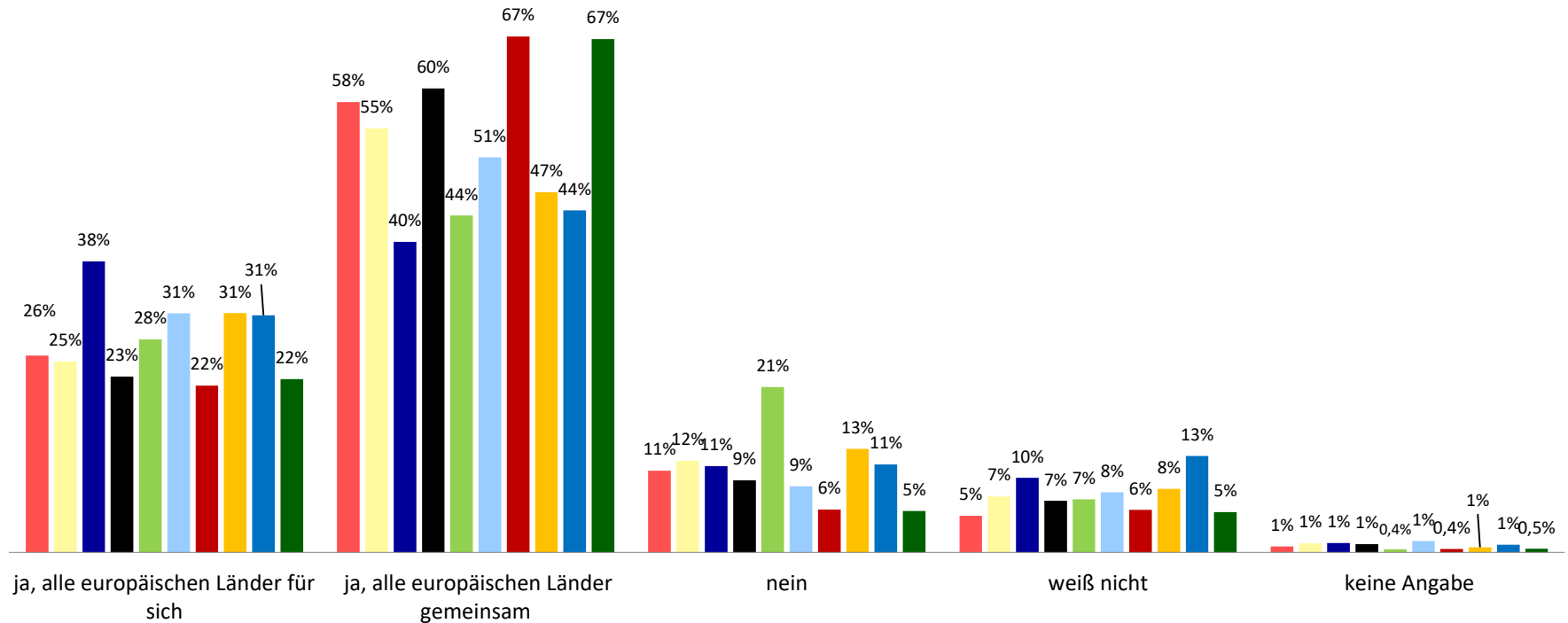
In Italien befürwortet die absolute Mehrheit der Befragten aus der politischen Mitte (51 zu 30 %) die Umverteilung von Migranten aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat in ihr eigenes Land. Das Gleiche gilt für eine relative Mehrheit der Befragten aus Spanien (44 zu 36 %) und Frankreich (43 zu 38 %). Die Befragten aus den Niederlanden (37 % befürworten, 40 % lehnen ab) und Schweden (34 % befürworten, 35 % lehnen ab) sind in dieser Frage geteilter Meinung. Die Mehrheit der Befragten aus anderen Ländern lehnt diese Art der Umverteilung ab (45 bis 65 %).

### Politisch rechts der Mitte

Die Mehrheit der Befragten aus allen Ländern, die sich rechts der Mitte einordnen, lehnt die Umverteilung von Migranten aus einem anderen EU-Mitgliedstaat in ihr eigenes Land ab (52 bis 82 %).

# Denken Sie, dass die europäischen Länder ihre nationalen Grenzen besser schützen sollten, als sie dies aktuell tun?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



Während Befragte aus Ungarn (67 zu 22 zu 5 %), Polen (67 zu 22 zu 6 %), Deutschland (60 zu 23 zu 9 %), Österreich (58 zu 26 zu 11 %), Flandern (55 zu 25 zu 12 %) und den Niederlanden (51 zu 31 zu 9 %) überwiegend der Meinung sind, dass die europäischen Staaten ihre nationalen Grenzen gemeinsam schützen müssen, sind die Befragten aus Spanien (47 zu 31 zu 13 %), Schweden (44 zu 31 zu 11 %) und Italien (44 zu 28 zu 21 %) nur mit relativer Mehrheit dieser Meinung. Die Befragten aus Frankreich sind in dieser Frage geteilt zwischen "ja, alle europäischen Länder für sich" und "ja, alle europäischen Länder gemeinsam" (38 bis 40 %).

# Denken Sie, dass die europäischen Länder ihre nationalen Grenzen besser schützen sollten, als sie dies aktuell tun?

---

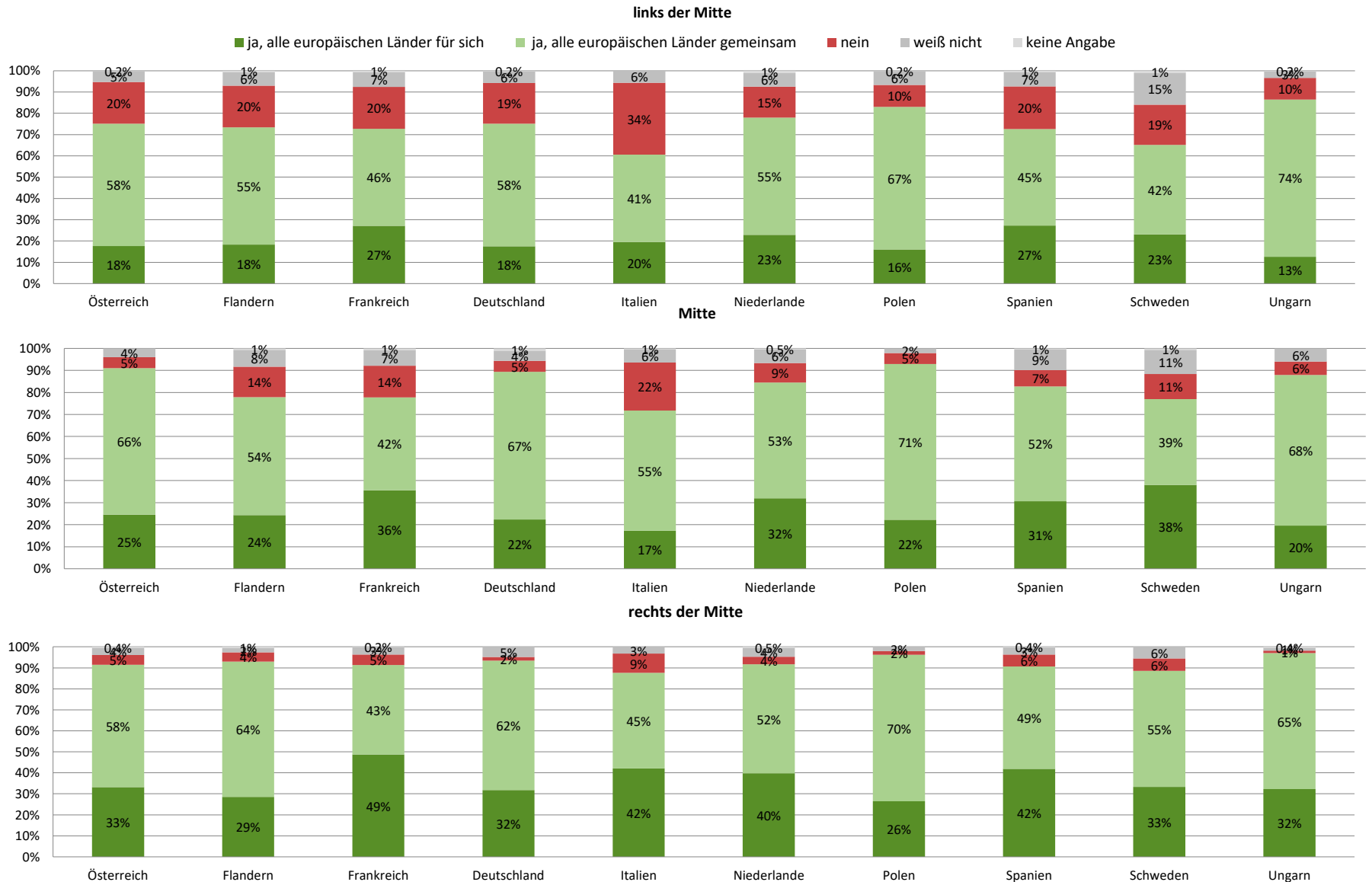
## Interessante Ergebnisse bei den häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht

In Spanien sind die weiblichen Befragten viel häufiger der Meinung, dass alle europäischen Nationen ihre nationalen Grenzen individuell schützen sollten als die männlichen Befragten (37 zu 25 %). Männliche Befragte wünschen sich dagegen häufiger den Schutz der EU-Außengrenze (54 zu 41 %).

In Österreich, je älter die Befragten sind, desto häufiger sind sie der Meinung, dass die europäischen Nationen ihre nationalen Grenzen als europäische Nationen gemeinsam schützen müssen (zwischen 50 und 65 %).

Das gleiche Muster findet sich in Flandern (zwischen 42 und 65 %), Deutschland (zwischen 51 bzw. 49 und 68 %), Polen (zwischen 50 und 77 %) und Spanien (zwischen 39 bzw. 37 und 54 %).

# Denken Sie, dass die europäischen Länder ihre nationalen Grenzen besser schützen sollten, als sie dies aktuell tun?



# Denken Sie, dass die europäischen Länder ihre nationalen Grenzen besser schützen sollten, als sie dies aktuell tun?

---

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Politisch links der Mitte

In allen Ländern ist eine Mehrheit der Befragten, die sich politisch links der Mitte einordnen, der Meinung, dass die europäischen Nationen ihre nationalen Grenzen gemeinsam schützen müssen (41 bis 74 %).

### Politische Mitte

Das Gleiche in allen Ländern für die Befragten, die sich in der Mitte einordnen (52 bis 71 %).

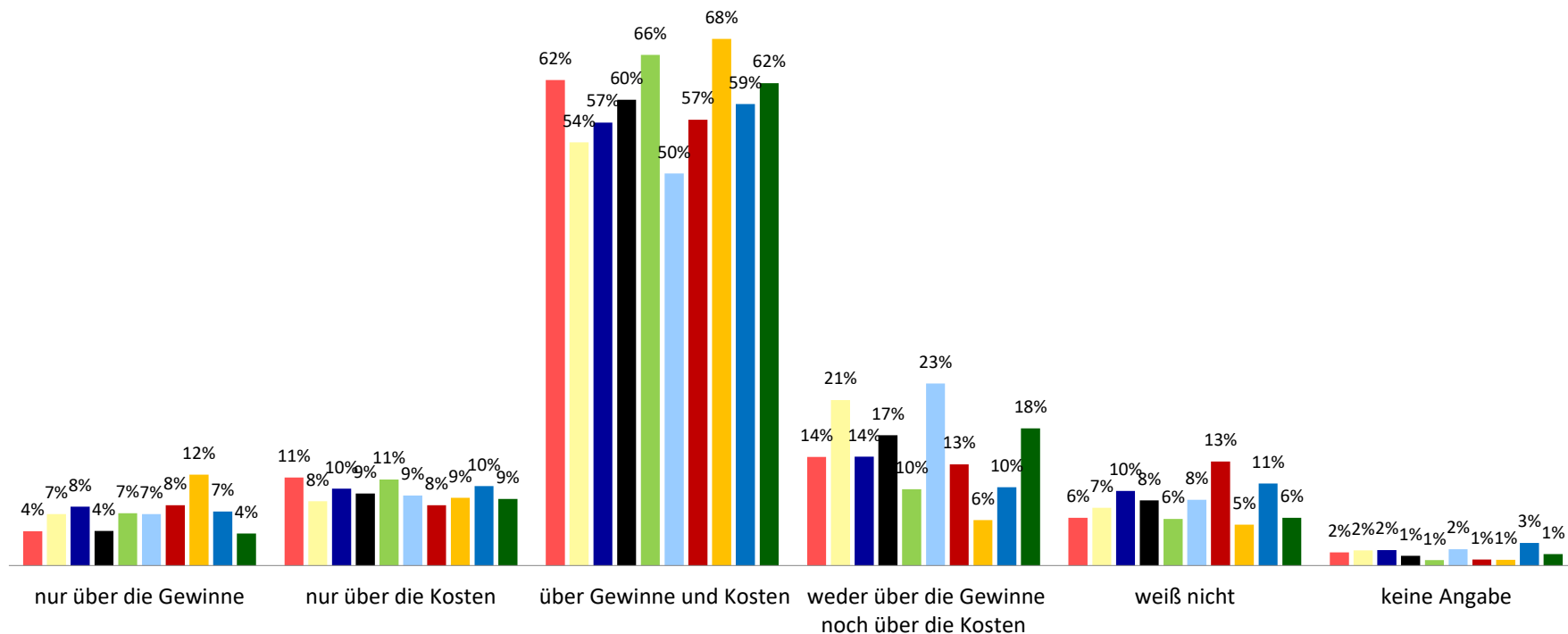
Die einzige Ausnahme ist Schweden. Die schwedischen Befragten sind gespalten zwischen individuellem und kollektivem Schutz (38 zu 39 %).

### Politisch rechts der Mitte

Nur in Frankreich ist die Mehrheit der Befragten, die sich selbst rechts der Mitte einordnen, der Meinung, dass die europäischen Nationen ihre nationalen Grenzen individuell schützen müssen (49 zu 43 %). Die Befragten aus Italien sind in dieser Frage geteilter Meinung (42 % individuell, 45 % kollektiv). Die Mehrheit der Befragten aus allen anderen Ländern ist der Meinung, dass die nationalen Grenzen kollektiv geschützt werden müssen (49 bis 70 %).

# Würden Sie gerne mehr erfahren über die öffentlichen Kosten und/oder über die wirtschaftlichen Gewinne durch Migration in Ihr Land?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



Die meisten Befragten aus allen Ländern würden gerne mehr über die öffentlichen Kosten sowie über den wirtschaftlichen Nutzen von Einwanderung und Integration in ihrem Land wissen (50 bis 68 %).

## **Würden Sie gerne mehr erfahren über die öffentlichen Kosten und/oder über die wirtschaftlichen Gewinne durch Migration in Ihr Land?**

---

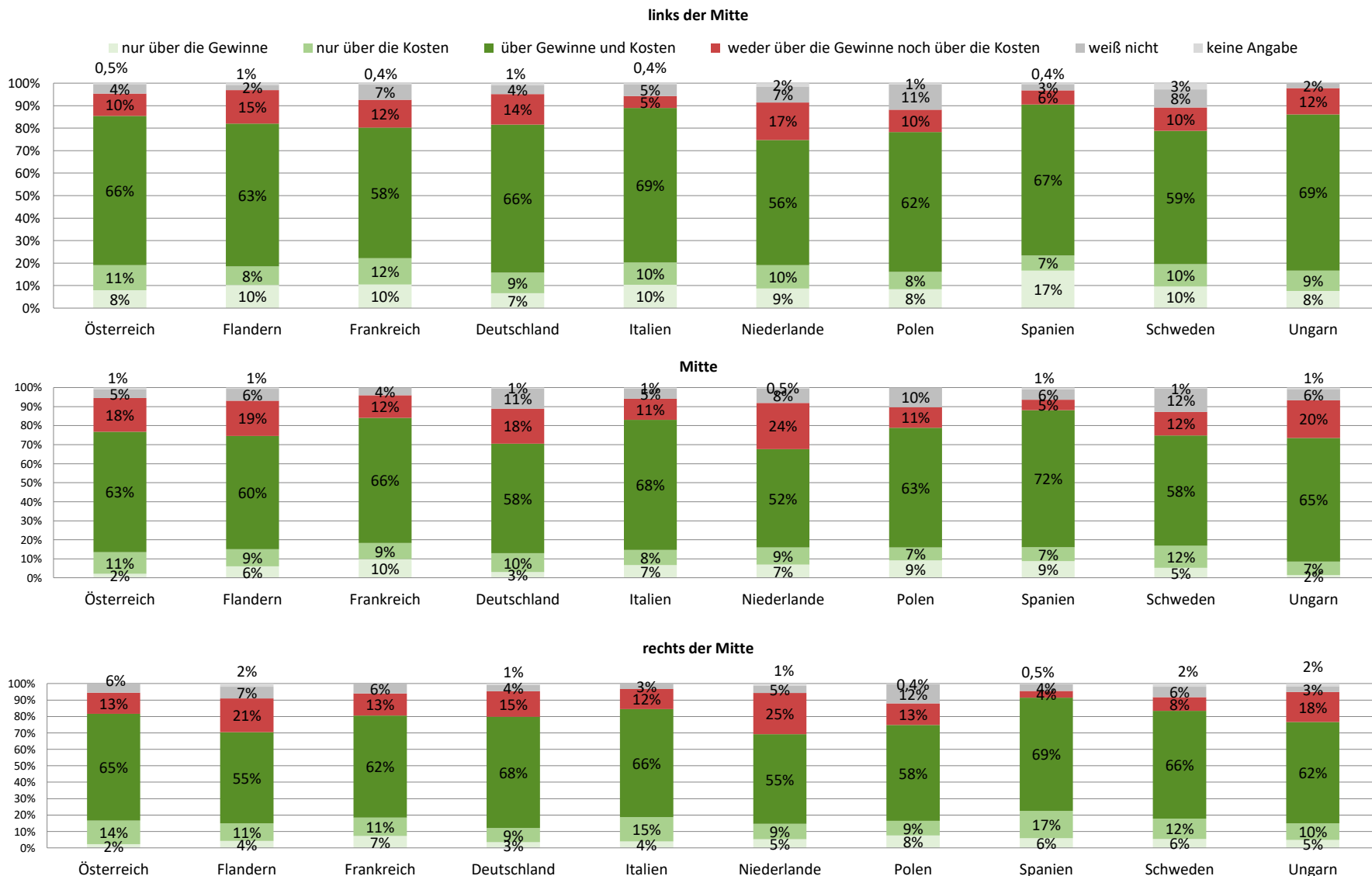
### **Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach Alter**

In Österreich, je älter die Befragten sind, desto häufiger wollen sie über Kosten und Nutzen informiert werden (von 55 bis 70 %). Das gleiche Muster ist in Flandern zu beobachten (von 49 bis 59 %).

In Spanien wollen mehr Befragte, die 60 Jahre oder älter sind, mehr über die Kosten und den Nutzen wissen als jüngere Befragte (68 zu 54 bis 57 %).



# Würden Sie gerne mehr erfahren über die öffentlichen Kosten und/oder über die wirtschaftlichen Gewinne durch Migration in Ihr Land?



# Würden Sie gerne mehr erfahren über die öffentlichen Kosten und/oder über die wirtschaftlichen Gewinne durch Migration in Ihr Land?

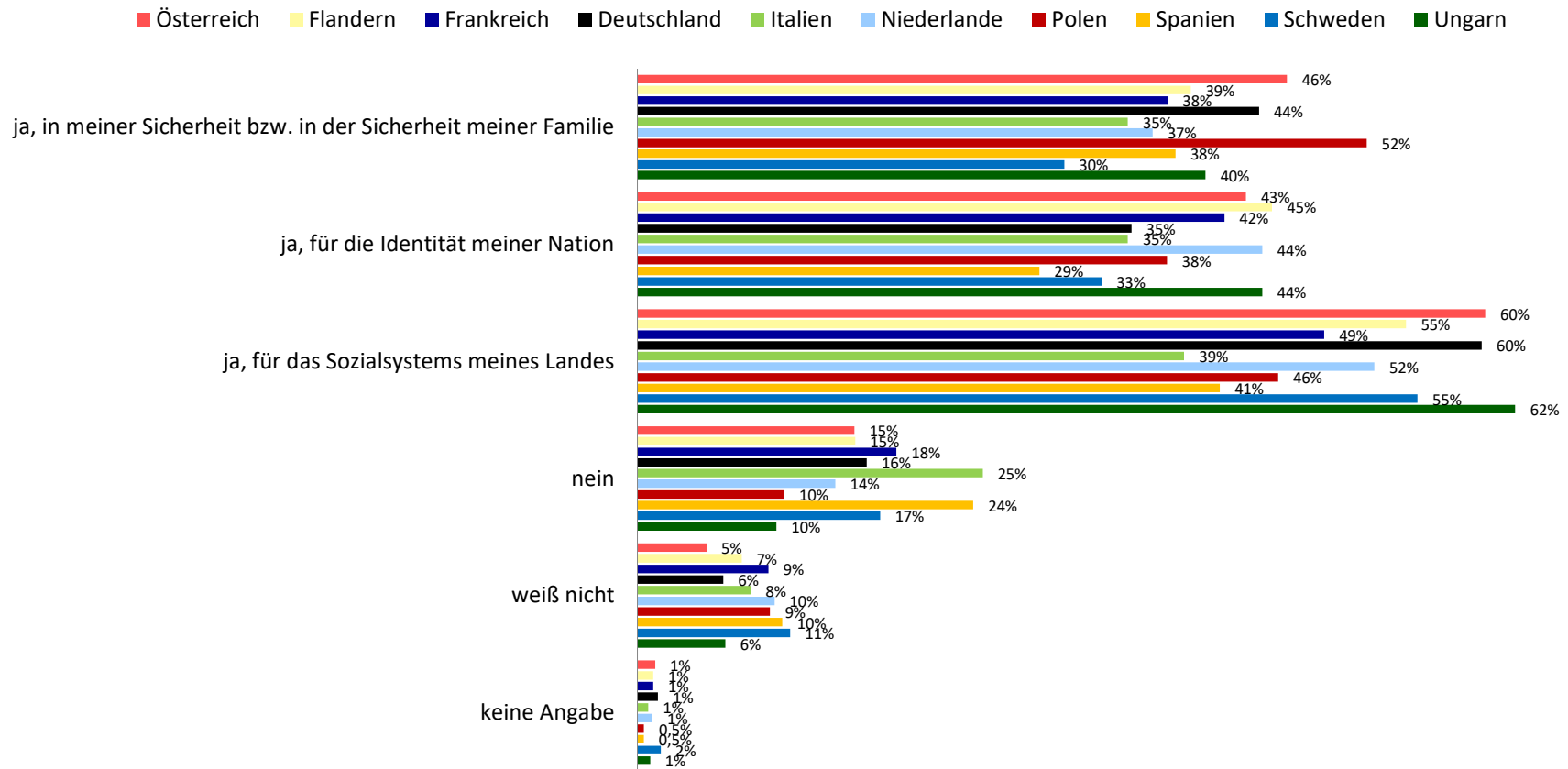
---

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Alle politische Richtungen

Eine absolute Mehrheit der Befragten aus allen Ländern würde gerne mehr wissen über die Ausgaben der öffentlichen Hand und den möglichen wirtschaftlichen Nutzen von Zuwanderung und Integration in ihrem eigenen Land (links der Mitte: 58 bis 69 %, Mitte: 58 bis 72 %, rechts der Mitte: 55 bis 69).

# Denken Sie, dass Migration ein Problem in einem der folgenden Felder werden könnte?



Während die Befragten aus Ungarn (62 zu 40 zu 44 zu 10 %), Österreich (60 zu 46 zu 43 zu 15 %), Deutschland (60 zu 44 zu 35 zu 16 %), Schweden (55 zu 30 zu 33 zu 17 %), Flandern (55 zu 39 zu 45 zu 15 %) und den Niederlanden (52 zu 37 zu 44 zu 14 %) mit einer absoluten Mehrheit glauben, dass die Einwanderung ein Problem für das Sozialsystem darstellt, ist in Frankreich (49 zu 38 zu 42 zu 15 %) und Italien (39 zu 35 zu 35 %) nur eine relative Mehrheit dieser Meinung. Bei den Befragten aus Polen glaubt eine absolute Mehrheit, dass die Einwanderung ein Problem für ihre eigene Sicherheit oder die Sicherheit ihrer Familien werden könnte (52 zu 38 bis 46 zu 10 %). Die Befragten aus Spanien sind in dieser Frage geteilt zwischen möglichen Problemen im Sozialsystem und der eigenen Sicherheit oder der Sicherheit ihrer Familien (41 zu 38 %).

# Denken Sie, dass Migration ein Problem in einem der folgenden Felder werden könnte?

---

## Interessante Ergebnisse bei den häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht

In Schweden glauben männliche Befragte viel häufiger als weibliche Befragte, dass die Einwanderung ein Problem für das Sozialsystem ihres Landes werden könnte (63 zu 48 %). Weibliche Befragte glauben häufiger als männliche Befragte, dass die Einwanderung in keinem dieser Bereiche zu einem Problem werden wird (20 zu 15 %).

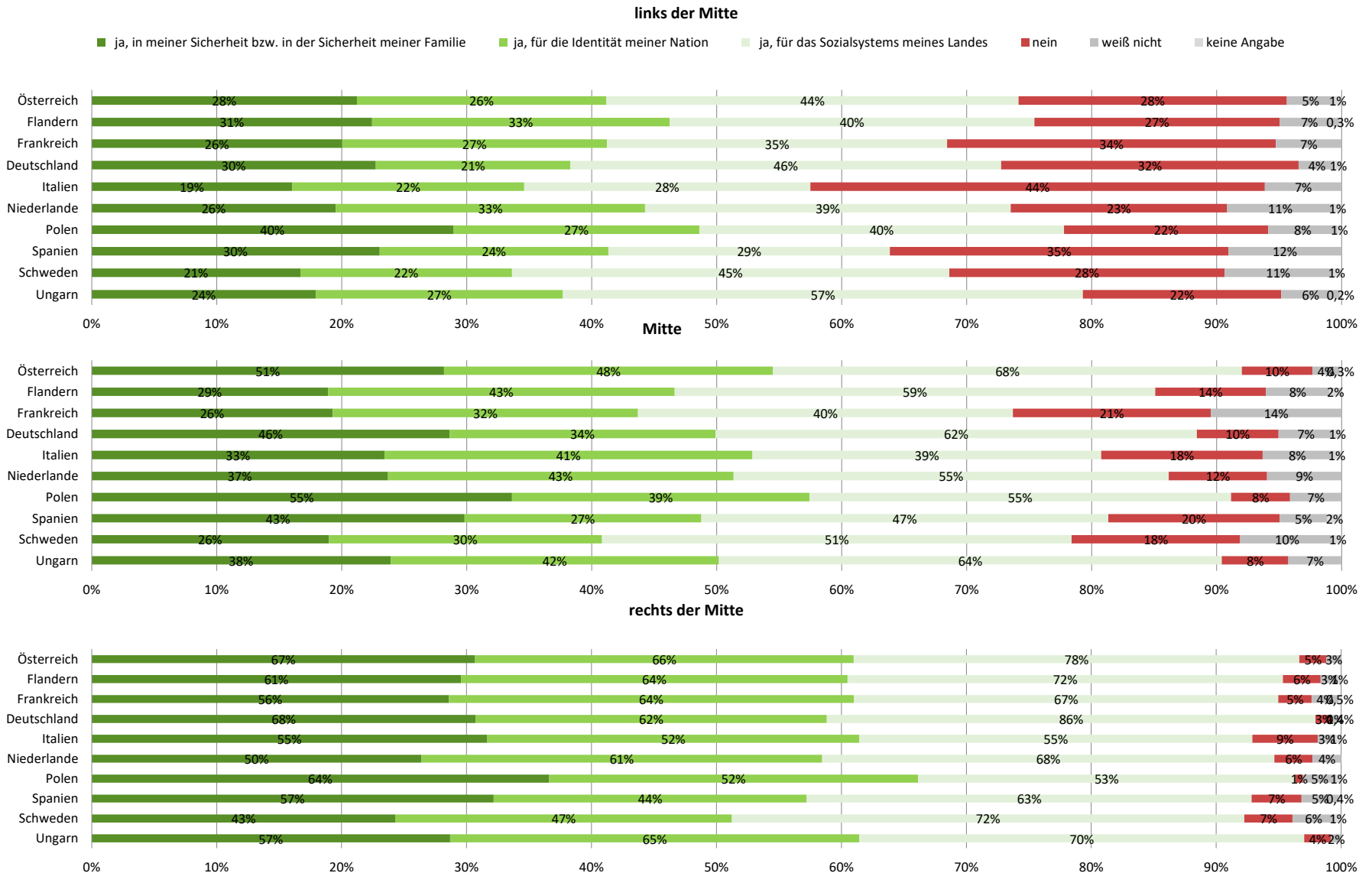
In Österreich (43 zu 58 bis 71 %) und Ungarn (51 bis 60 bis 73 %) glauben Befragte zwischen 18 und 29 Jahren viel weniger als ältere Befragte, dass die Einwanderung zu einem Problem für das Sozialsystem ihres Landes werden könnte.

Je älter die Befragten in Flandern sind, desto häufiger glauben sie, dass die Einwanderung ein Problem für ihr Sozialsystem werden könnte (von 37 bis 65 %). Aber je jünger die Befragten sind, desto eher glauben sie, dass die Einwanderung in keinem dieser Bereiche ein Problem darstellen wird (von 10 bis 24 %).

Das gleiche Muster findet sich in Frankreich (von 34 bzw. 33 bis 59 % und von 16 bis 25 %) und in den Niederlanden (von 12 bzw. 11 bis 21 %).

Unter je älter die Befragten in Italien sind, desto häufiger glauben sie, dass die Einwanderung zu einem Problem für die Identität ihres Landes werden könnte (von 23 bis 42 %).

# Denken Sie, dass Migration ein Problem in einem der folgenden Felder werden könnte?



# Denken Sie, dass Migration ein Problem in einem der folgenden Felder werden könnte?

---

## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Politisch links der Mitte

In Italien (44 zu 19 zu 22 zu 28 %) und Spanien (35 zu 30 zu 24 zu 29 %) denkt nur eine relative Mehrheit der Befragten, die sich links der Mitte einordnen, dass Einwanderung nicht zu einem Problem werden könnte. Die Befragten aus Frankreich sind geteilt zwischen Problemen im Sozialsystem und keine Probleme (35 zu 34 %). Die Mehrheit der Befragten aus den anderen Ländern glaubt, dass die Einwanderung zu einem Problem für das Sozialsystem ihres Landes werden könnte (39 bis 57 %).

### Politische Mitte

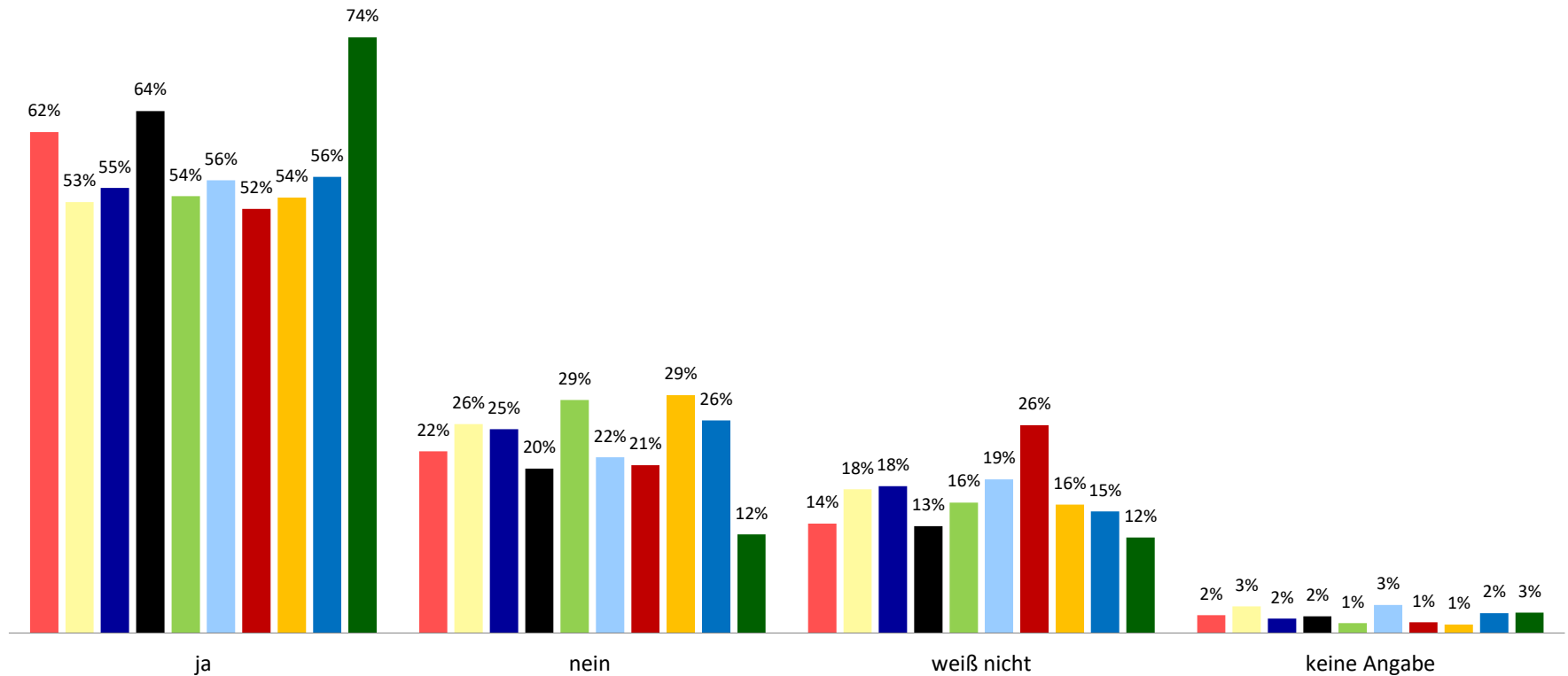
Die Befragten aus Italien, die sich selbst politisch in der Mitte verorten, sind geteilt zwischen befürchteten Problemen bei der Identität und im Sozialsystem (41 zu 39 %). Die Mehrheit der Befragten aus den anderen Ländern ist der Meinung, dass die Einwanderung zu einem Problem für die nationalen Sozialsysteme werden könnte (49 zu 68 %).

### Politisch rechts der Mitte

Die meisten Befragten aus Polen, die politisch rechts der Mitte stehen, glauben, dass die Einwanderung ein Problem für ihre eigene Sicherheit oder die Sicherheit ihrer Familien werden könnte (64 zu 52 bis 53 zu 1 %). Die Befragten aus Frankreich sind geteilt zwischen befürchteten Problemen der Identität und des Sozialsystems (64 bis 67 %). Die Befragten aus Italien verteilen sich auf alle drei Antwortmöglichkeiten (55 bis 52 bis 55 %). Die meisten Befragten aus anderen Ländern sind der Meinung, dass die Einwanderung zu einem Problem im Sozialsystem werden könnte (63 bis 86 %).

# Würden Sie es befürworten, wenn die Regierung Migration in Ihr Land für Menschen, welche keine Fachkräfte sind, begrenzen würde?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



Eine absolute Mehrheit der Befragten aus allen Ländern ist der Meinung, dass ihre Regierung die Zuwanderung von Menschen ohne berufliche Qualifikationen begrenzen sollte (52 bis 74 %).

## **Würden Sie es befürworten, wenn die Regierung Migration in Ihr Land für Menschen, welche keine Fachkräfte sind, begrenzen würde?**

---

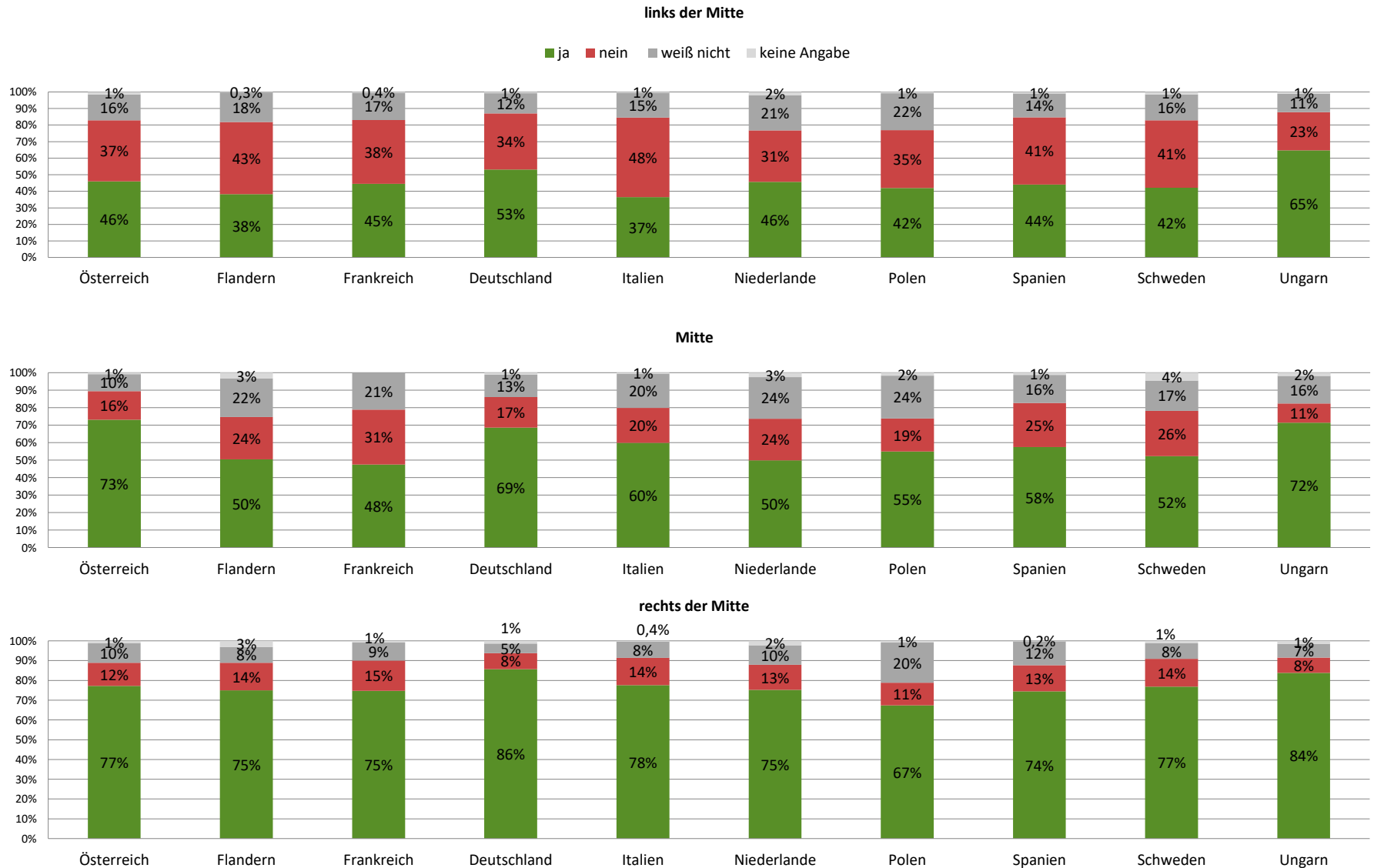
### **Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach Alter**

In Österreich, je älter die Befragten sind, desto häufiger wünschen sie sich, dass ihre Regierung die Zuwanderung für nicht qualifizierte Personen reduzieren soll (von 40 bis 74 %).

Das gleiche Muster findet sich in Frankreich (zwischen 45 und 60 %) und Deutschland (zwischen 53 und 70 %).



# Würden Sie es befürworten, wenn die Regierung Migration in Ihr Land für Menschen, welche keine Fachkräfte sind, begrenzen würde?



## **Würden Sie es befürworten, wenn die Regierung Migration in Ihr Land für Menschen, welche keine Fachkräfte sind, begrenzen würde?**

---

### **Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung**

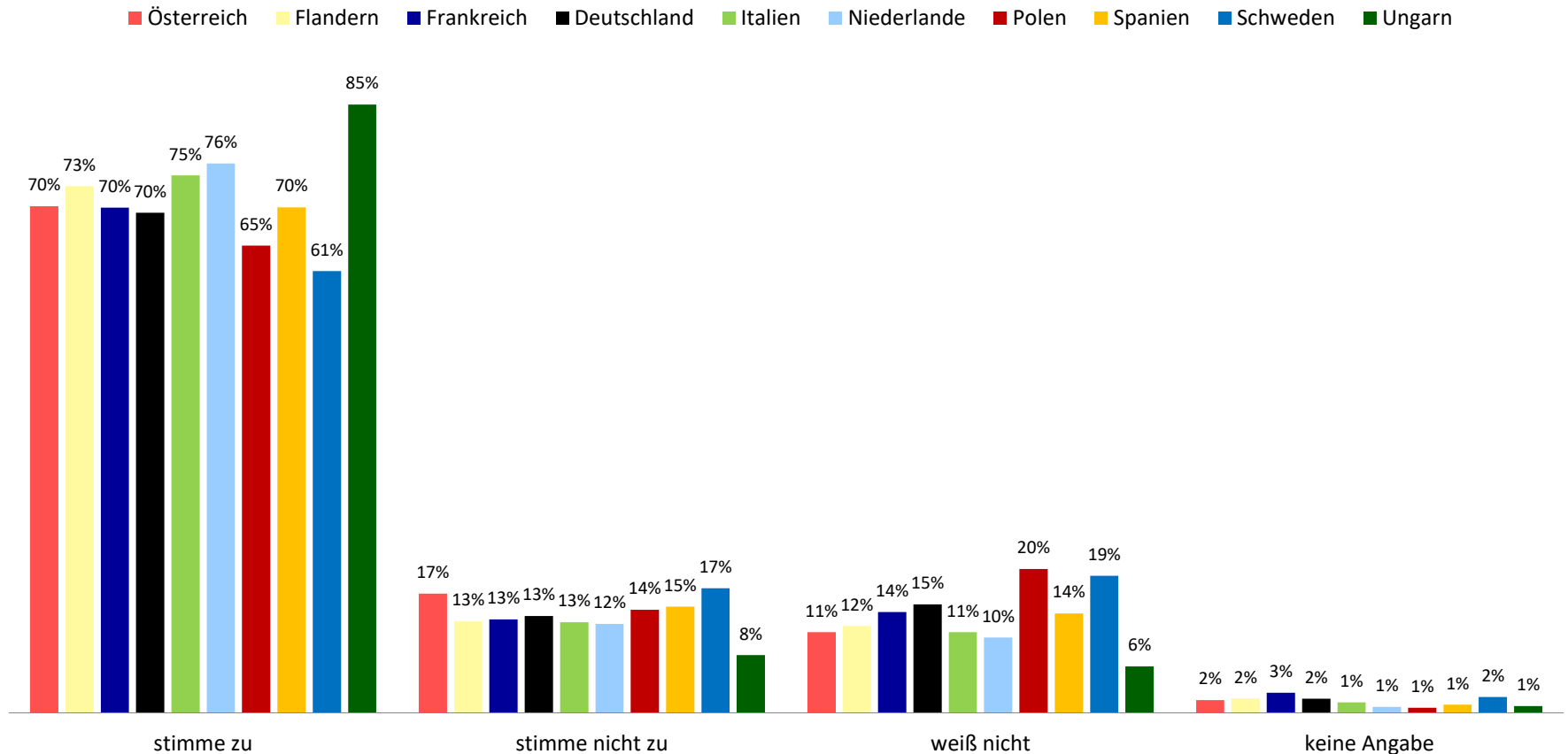
#### **Politisch links der Mitte**

Die Mehrheit der Befragten aus Flandern (43 zu 38 %) und Italien (48 zu 37 %), die sich politisch links der Mitte zuordnen, würde nicht befürworten, dass ihre Regierung die Einwanderung von Menschen ohne berufliche Qualifikationen begrenzt. Die Befragten aus Spanien (44 % ja, 41 % nein) und Schweden (42 % ja, 41 % nein) sind in dieser Frage geteilter Meinung. Die Mehrheit der Befragten aus den anderen Ländern würde diese Begrenzung begrüßen (42 bis 65 %).

#### **Politische Mitte & politisch rechts der Mitte**

Die Mehrheit der Befragten aus allen Ländern, die sich selbst in der Mitte oder politisch rechts der Mitte einordnen, würden es vorziehen, wenn ihre Regierungen die Einwanderung von unqualifizierten Menschen begrenzen würde (Mitte: 48 bis 73 %, rechts der Mitte: 67 bis 84 %).

# Stimmen Sie zu oder nicht, dass Flüchtlingen besser in der Nähe ihres jeweiligen Herkunftslandes geholfen werden kann als in Ihrem Land?



Die absolute Mehrheit der Befragten aus allen befragten Ländern stimmt der Aussage zu, dass Flüchtlingen besser in der Nähe ihres Herkunftslandes geholfen werde sollte als im Land der Befragten (61 bis 85 %).

# Stimmen Sie zu oder nicht, dass Flüchtlingen besser in der Nähe ihres jeweiligen Herkunftslandes geholfen werden kann als in Ihrem Land?

---

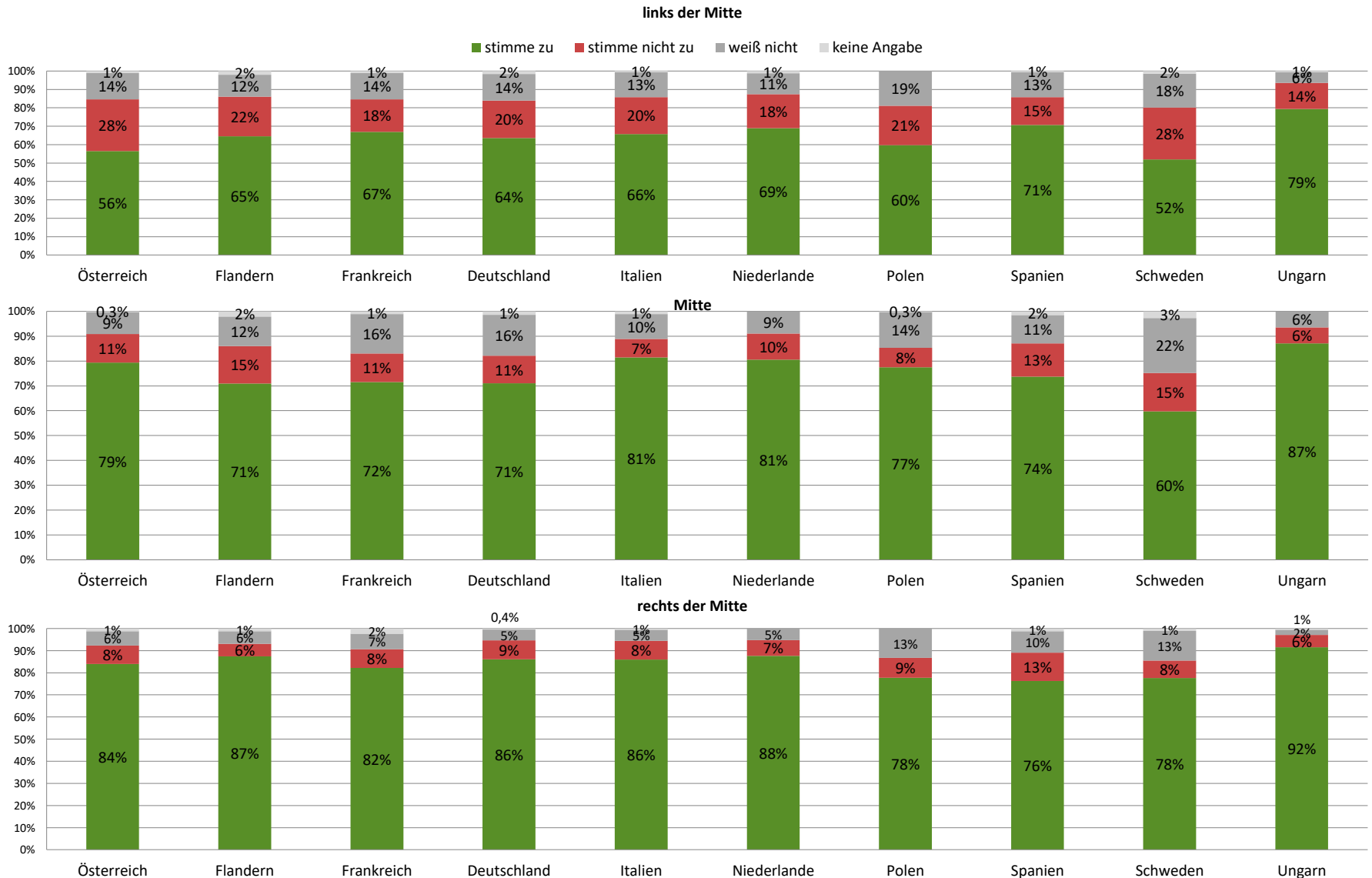
## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht

In Schweden stimmen männliche Befragten dieser Aussage viel häufiger zu als die weiblichen Befragten (70 zu 53 %).

In Österreich stimmen die Befragten der Aussage umso häufiger zu, je älter sie sind (von 44 bis 83 %). Das gleiche Muster findet sich in Flandern (von 59 bis 80 bzw. 82 %) und den Niederlanden (von 59 bis 85 %).

In Ungarn stimmen die Befragten zwischen 18 und 29 Jahren häufiger nicht zu als ältere Befragte (17 bis 4-10 %). Das gleiche Muster findet sich in Frankreich (26 zu 6-17 %), Deutschland (23 zu 9-18 %), Italien (27 zu 8-16 %), Spanien (24 bis 10-16 %) und Schweden (26 bis 13-20 %).

# Stimmen Sie zu oder nicht, dass Flüchtlingen besser in der Nähe ihres jeweiligen Herkunftslandes geholfen werden kann als in Ihrem Land?



# Stimmen Sie zu oder nicht, dass Flüchtlingen besser in der Nähe ihres jeweiligen Herkunftslandes geholfen werden kann als in Ihrem Land?

---

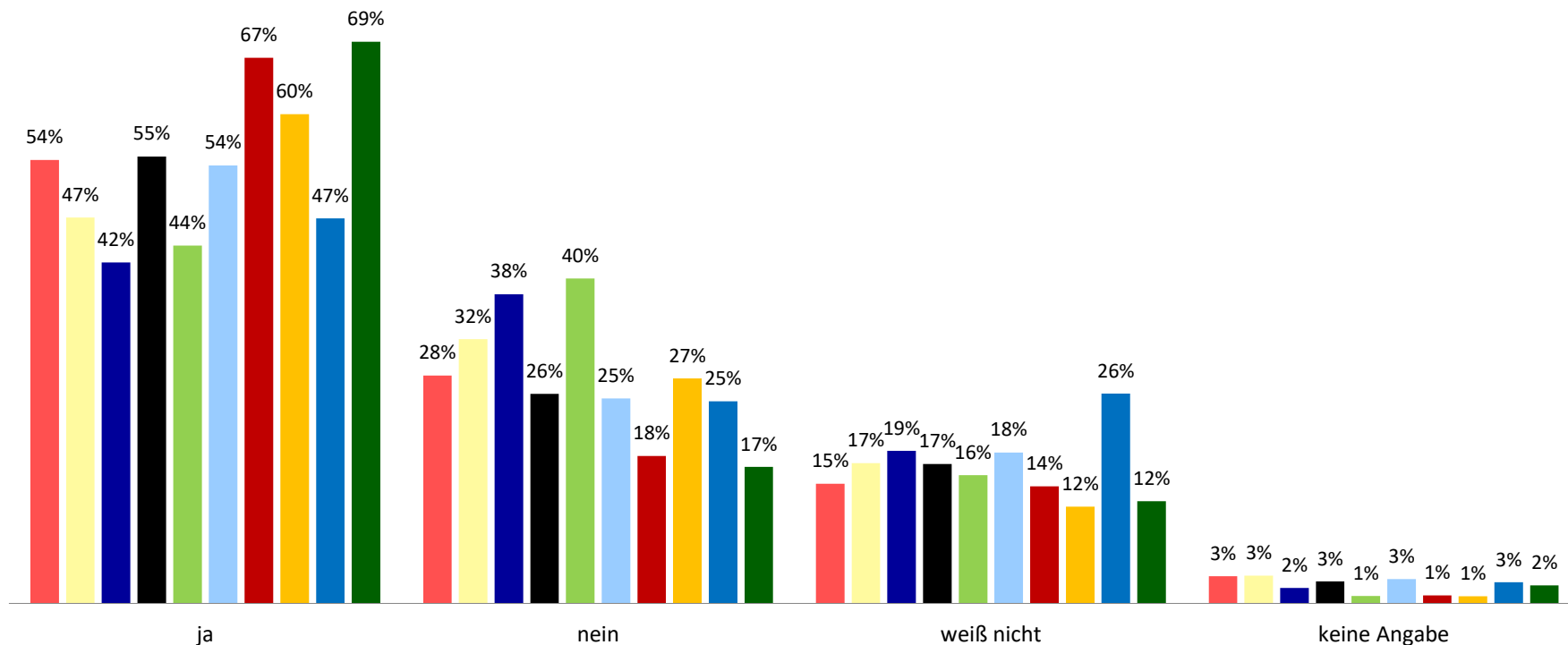
## Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

### Alle politische Richtungen

Die Mehrheit der Befragten aus allen Ländern ist der Meinung, dass die Hilfe für Flüchtlinge besser in der Nähe der jeweiligen Herkunftsländer geleistet werden sollte als in dem Land, in dem die Befragten leben (links der Mitte: 56 bis 79 %, Mitte: 60 bis 87 %, rechts der Mitte: 76 bis 92 %).

## Denken Sie, dass die Europäische Union jenen Ländern finanziell helfen sollte, welche mit illegalen Grenzüberschritten zu tun haben, ihre jeweiligen Grenzen mit Zäunen und Mauern zu sichern?

■ Österreich 
 ■ Flandern 
 ■ Frankreich 
 ■ Deutschland 
 ■ Italien 
 ■ Niederlande 
 ■ Polen 
 ■ Spanien 
 ■ Schweden 
 ■ Ungarn



Die absolute Mehrheit der Befragten in Ungarn (69 zu 17 %), Polen (67 zu 18 %), Spanien (60 zu 27 %), Deutschland (55 zu 26 %), Österreich (54 zu 28 %) und den Niederlanden (54 zu 25 %) möchte, dass die EU Länder, die von illegalen Grenzübertritten betroffen sind, finanziell unterstützt, um deren Grenzen mit Zäunen und Mauern zu verstärken. In Schweden (47 zu 25 %), Flandern (47 zu 32 %), Italien (44 zu 40 %) und Frankreich (42 zu 38 %) ist nur eine relative Mehrheit dieser Meinung.

## Denken Sie, dass die Europäische Union jenen Ländern finanziell helfen sollte, welche mit illegalen Grenzüberschritten zu tun haben, ihre jeweiligen Grenzen mit Zäunen und Mauern zu sichern?

---

### Interessante Ergebnisse bei den häufigsten Antworten nach Alter und Geschlecht

In Deutschland sind weibliche Befragte häufiger als männliche Befragte der Meinung, dass die EU Länder, die von illegalen Grenzüberschritten betroffen sind, nicht finanziell unterstützen sollte, um deren Grenzen mit Zäunen und Mauern zu verstärken (29 zu 22 %). Das gleiche Muster findet sich in den Niederlanden (27 zu 23 %), Polen (21 zu 15 %) und Schweden (29 bis 21 %).

In Italien sind nur Befragte, die 60 Jahre oder älter sind, mit absoluter Mehrheit dagegen (51 bis 33 %). Alle anderen Gruppen unterstützen diese Art der finanziellen Unterstützung mehrheitlich (48 bis 52 %).



# Denken Sie, dass die Europäische Union jenen Ländern finanziell helfen sollte, welche mit illegalen Grenzüberschritten zu tun haben, ihre jeweiligen Grenzen mit Zäunen und Mauern zu sichern?



## Denken Sie, dass die Europäische Union jenen Ländern finanziell helfen sollte, welche mit illegalen Grenzüberschritten zu tun haben, ihre jeweiligen Grenzen mit Zäunen und Mauern zu sichern?

---

### Interessante Ergebnisse der häufigsten Antworten nach politischer Ausrichtung

#### Politisch links der Mitte

In Frankreich (47 zu 38 %) und Italien (49 zu 40 %) ist die Mehrheit der Befragten, die sich politisch links der Mitte zuordnen, nicht der Meinung, dass die EU Länder, die von illegalen Grenzübertritten betroffen sind, bei der Verstärkung ihres Grenzschutzes durch Zäune und Mauern finanziell unterstützen sollte. Befragte aus Österreich (42 % ja, 40 % nein) und Flandern (44 % ja, 41 % nein) sind in dieser Frage geteilt. Die Mehrheit der Befragten aus den anderen Ländern ist der Meinung, dass die EU die von illegalen Grenzübertritten betroffenen Länder finanziell unterstützen sollte, ihren Grenzschutz mit Zäunen und Mauern zu verstärken (39 bis 54 %).

#### Politische Mitte & politisch rechts der Mitte

In allen befragten Ländern ist die Mehrheit der Befragten, die sich selbst in der Mitte oder rechts der Mitte verorten, der Meinung, dass die EU die Länder, die von illegalen Grenzübertritten betroffen sind, finanziell bei der Verstärkung ihres Grenzschutzes durch Zäune und Mauern unterstützen sollte (Mitte: 43 bis 72 %, rechts der Mitte: 54 bis 85 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

**INSA-CONSULERE GmbH**

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.